

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/69

Bonn, den 14. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
2	<u>Wohin führt ihr Weg?</u> Zur inneren Lage der C-Parteien	48

2 - 3	<u>Kämpfer für fortschrittliche Bildungspolitik?</u> Zur Dokumentation des CDU-Landesvorstandes Hessen "numerus clausus" Von Dr. Wendelin Enders, MdB	54
-------	---	----

4 - 5	<u>Sieg des demokratischen Auslandes</u> Die Junta konnte nicht hinrichten Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	70
-------	--	----

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Schmidt: Entscheidung des Friedensvertrages nicht vorwegnehmen
In Übereinstimmung mit dem Vatikan
Polen denkt europäisch und nachbarschaftlich
Zu loyalem Dialog aufgefordert
In Abmachungen über die Vergangenheit hinausführen
Deutsche Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa
Für sachliche Information und offene Diskussion

Wohin führt ihr Weg?

Zur inneren Lage der C-Parteien

sp - Die Unionsparteien können es heute, sechs Monate nach den Bundestagswahlen vom September 1969, noch nicht in ihr Selbstverständnis einordnen, daß sie durch diesen Wählerentscheid in die Rolle der Opposition auf Bundesebene geschoben wurden - eine für sie ungewöhnliche Rolle, mit der sie einfach nicht fertig zu werden vermögen. Die C-Parteien können mit sich selbst nicht ins Reine kommen. Sie sind irritiert, nehmen Zuflucht zu Nebulosen und schwimmen in Emotionen. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die die Allmacht der C-Parteien eben aufgrund dieses Wählerurteils vom Herbst des letzten Jahres brach, paßt ganz und gar nicht in ihr Weltbild. Das erklärt ihre innere Unsicherheit. Sie ruhen nicht in sich selbst, sind richtungslos. Franz Josef Strauß bietet sich als Lotse an. Und was bietet er an? Statt einer auf die deutschen Gegebenheiten bezogenen Politik eine Politik der Ressentiments, unterschwelliger Verdächtigungen und der Aufpeitschung eines Nationalismus, der in der Wirklichkeit von heute keine Rechtfertigung findet. Er kann nur Schaden anrichten und unser Volk ins Unglück führen.

Franz Josef Strauß als Lotse? Einer der hervorragendsten Kommentatoren der CDU nannte nach dem Münchner Parteitag der CSU diese die Avantgardisten von gestern. Der Mann muß es wissen. Wer im Gestrigen verhaftet bleibt, versperrt sich den Weg in die Zukunft.

Der CSU-Parteitag in München machte es allzu deutlich: Die CSU versucht, ihre Schwesterpartei, die CDU, auf eine Linie zu bringen, die zur Kapitulation der CDU vor der CSU führen soll. Ob Herr Barzel, der CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzende, dieses Spiel kennt, weiß man nicht. Er spielt es jedenfalls mit, weil er vielleicht des Glaubens ist, damit seiner Partei die verlorene Macht im Staate zurückgewinnen zu können. Deshalb schwieg auch Barzel über die Rolle der Freundeskreise der CSU in der CDU. Mißbilligt er sie oder hält er sie für ein notwendiges Übel? Ein klärendes Wort von ihm und dem Vorsitzenden der CDU, Kurt Georg Kiesinger, blieb in München aus.

Strauß und viele seiner CSU-Freunde haben sich die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung zum Schauplatz eines innerpolitischen Schlagsaustausches erkoren, wohl wissend, was sie damit tun. Sie wählten einen Boden innerpolitischer Auseinandersetzungen, die für sie auf lange Sicht gesehen gewiß keine Früchte tragen, wohl aber in der Zwischenzeit Schaden genug anstiften können. Hier eine Frage an die Demokraten in den Unionsparteien: Wie weit soll dieses Spiel gehen? Unser Volk braucht Offenheit und Ehrlichkeit, und vor allem verlangt die Jugend danach. Die Zukunft unserer Bundesrepublik und unseres Volkes hängt mit ab von der Widerstandskraft und demokratischer Überzeugungstreue jener Kräfte innerhalb der Unionsparteien, denen Offenheit und Aufrichtigkeit und ein Mindestmaß von Miteinander in nationalen Lebensfragen mehr bedeuten als die Verfolgung von Zielen, die sich im Irrationalen verlieren. Den Akt der Selbstbesinnung hat die CDU noch zu vollziehen.

+ + -

Kämpfer für fortschrittliche Bildungspolitik?

Zur Dokumentation des CDU-Landesvorstandes Hessen "numerus clausus"

Von Dr. Wendelin Enders, MdB

Mit der Herausgabe der Broschüre "numerus clausus - eine dokumentation" versucht anscheinend der CDU-Landesvorstand Hessen, dessen Mitglieder vor wenigen Jahren noch für die Erhaltung der einklassigen Dorfschule und die Vorteile der Konfessionsschulen stritten, als Verfechter einer fortschrittlichen Bildungspolitik aufzutreten. Unter dem anspruchsvollen Titel einer Dokumentation wird der Öffentlichkeit vor der Landtagswahl 1970 im wesentlichen nichts anderes vorgelegt, als eine Sammlung der Kleinen und Großen Anfragen der Opposition im Hessischen Landtag samt ihrer Begründung und Beantwortung. Dem unvoreingenommenen Leser wird jedoch schon im Vorwort und in den Kopftexten klar, daß mit biederer Scheinheiligkeit der Numerus clausus zum Vorwand genommen wird, um Angriffe gegen die Politik der hessischen Landesregierung zu richten. Die Zusammenstellung von ausgewählten Landtagsprotokollen geht am Kern des Problems vorbei, nämlich der Überwindung des Studienplatzmangels an den deutschen Universitäten. Der Numerus clausus ist kein typisch hessisches, sondern ein bundesweites, ja europäisches Problem.

Aus diesem Grunde kann der Hinweis in der "CDU-Dokumentation" auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom 4. August 1969, wonach der Numerus clausus grundrechtswidrig ist, kein Argument für Versäumnisse der hessischen Regierung sein, sondern trifft auch alle CDU-Landesregierungen in der Bundesrepublik.

Wenn es dem CDU-Landesvorstand Hessen in der Vergangenheit ernst mit der Studienplatznot an den deutschen Universitäten gewesen wäre, hätte er über die von der CDU geführten Bundesregierungen und die CDU-Mehrheit im Bundesrat die Voraussetzungen für eine um-

fassende Bildungsreform in unserem Land schaffen können.

Es gab die Möglichkeit, die Kooperation zwischen Bund und Ländern zu verbessern und den Koordinationsprozeß zu beschleunigen. Material zur Unterstützung dieser Forderung hätte auch die SPD geliefert, die sich ihrem Programm entsprechend für die Überwindung der Bildungsmisere in der BRD eingesetzt und zahlreiche Beiträge in Haushalts- und Wissenschaftsdebatten geliefert hat.

Die Vorwürfe des CDU-Landesvorstandes sind bei der hessischen Landesregierung an die falsche Adresse gerichtet, denn gerade sie hat die Gesamtausgaben für Hochschulen von 1959 bis 1968 überdurchschnittlich von 135 Millionen auf 560 Millionen DM gesteigert und liegt mit einer Zuwachsrate von 312,2 Prozent über der Zuwachsrate des ganzen Bundesgebietes mit 276,2 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der hessischen Studenten von 20.000 auf 33.000. Die im Doppelhaushalt 1969/70 für Baumaßnahmen an Universitäten ausgewiesenen Betriebsmittel wurden im vergangenen Jahr mit 14,2 Millionen und in diesem Jahr mit 32 Millionen über den Ansatz hinaus aufgestockt.

Allein seit dem 1. Januar 1968 wurden 2.206 Hörsaalplätze, 1.882 Übungsplätze und 2.180 Studentenarbeitsplätze neu geschaffen. Bis zum 31.12.1970 werden an die 4.000 Hörsaal-, Übungs- und Arbeitsplätze neu hinzukommen. Diese Zahlen sind eine stolze Bilanz für die sozialdemokratische Bildungspolitik in Hessen. Sie müssen jedoch fortgeschrieben werden, um das Problem des Numerus clausus einer Lösung zuführen zu können. Politische Entscheidungen sind erforderlich, um die Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten zu überwinden und keine parteitaktischen Polemiken unter dem Deckmantel einer Dokumentation vor einer Landtagswahl.

+ + +

Sieg des demokratischen Auslandes

Die Junta konnte nicht hinrichten

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die deutsche Bundesregierung hat sich bestürzt über die Höhe der Strafen im Athener Schauprozeß geäußert und Konsultationen mit den Partnern im Europarat angekündigt, um zu einer gemeinsamen Haltung in dieser Frage zu kommen. Trotzdem hat die europäische, demokratische Welt einen Sieg errungen. Politische Beobachter in Athen hatten erwartet, das Gericht werde dem Antrag des Kronanwalts folgen und Todesstrafen verkünden. Doch die zahlreichen Reaktionen des Auslandes gerade in der letzten Woche haben der Militärregierung gezeigt, daß sie nicht ohne harte Konsequenzen frei über das Leben unschuldiger Bürger verfügen kann.

Die Regierungen Dänemarks, Schwedens und Norwegens hatten am Freitag im Europarat gemeinsam die 17 Mitglieder - Griechenland ist seit Dezember 1969 ausgeschlossen - zu Sanktionen gegen das Regime im Falle von Todesstrafen aufgerufen. Unabhängig davon werden sich am Mittwoch dieser Woche die Außenminister der Mitgliedstaaten des Europarates mit der griechischen Frage und vor allem mit dem Bericht der Menschenrechtskommission beschäftigen.

In der Bundesrepublik gab es von offizieller Seite zahlreiche Stellungnahmen. Nach der bekannten Erklärung Bundesjustizministers Gerhard Jahn hat auch der Bundesgeschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, scharf reagiert. Unter anderem hat er in einer Unterredung den griechischen Botschafter in Bonn auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht, die sich aus der Verkündung von Todesstrafen für die deutsch-griechischen Beziehungen ergeben könnten. Aus gut unterrichteten Kreisen wurde bekannt, daß sich auch Bundeskanzler Willy Brandt persönlich für die Rettung der angeklagten Demokraten eingesetzt hat. In Italien verurteilte der stellvertretende Ministerpräsident de Martino die Methoden der Athener Junta. In England, der Schweiz und in Holland haben Vertreter aller Parteien Abscheu über die Behandlung der 34 Angeklagten bekundet, die sich für ihre Opposition gegen das Regime zu verantworten hatten.

Diese Solidarität der freien Menschen macht erneut die Erkenntnis deutlich, daß heute kein Land rücksichtslos Maßnahmen totalitärer Prägung durchsetzen kann, wenn es durch internationale

Verträge der westlichen Gemeinschaft angeschlossen und verpflichtet ist. - Der Athener Schauprozeß ignorierte alle rechtsstaatlichen Grundsätze. Die Anklage basierte auf einem Gesetz aus der Zeit des Bürgerkrieges und erwies sich bei den Verhandlungen bald als juristisch höchst anfechtbar. Dieser Prozeß war eine Zweckmäßigkeitsschau, die das Ziel hatte, die sich ständig verstärkende Widerstandsbewegung in Griechenland abzuschrecken. Der Versuch des Kronanwalts und des Gerichts, die 34 Angeklagten als Kommunisten abzustampeln, empörte die europäische Presse ebenso wie die harten Strafen, zumal zum Beispiel die Professoren Karagiorgas und Mangakis nicht nur in wissenschaftlichen Kreisen Gelehrte von Weltruf sind.

Das Echo dieses Prozesses in Griechenland selbst ist so ergreifend, daß Athener Beobachter der Meinung sind, die Verhandlungen hätten die Opposition gegen die Junta eher verstärkt als geschwächt oder abgeschreckt. Die mutigen Reden der Angeklagten wurden ebenso wie die Plädoyers des Generals Iordanidis und des sozialdemokratischen Führers Protopappas zu Anklagen gegen das Regime und das Gericht; die griechische Bevölkerung erkannte, daß Vertreter der griechischen Führungsschicht für die Wiederherstellung der Demokratie auf die Barrikaden gegangen waren. Das stärkte die Überzeugung der Griechen, daß die organisierten Kräfte gegen die Diktatur schließlich stärker sein werden als Terror und Macht der Junta.

Noch wichtiger ist der Einfluß, den die Reaktionen des westlichen Auslandes auf die Griechen haben. Sie wissen, daß sie nicht allein stehen, sondern daß ihre Anstrengungen um die Wiederherstellung der Grundrechte unterstützt werden. Auch die Freilassung des weltbekannten Komponisten Mikis Theodorakis ist nicht zuletzt auf diesen Druck des Auslandes zurückzuführen. Das große Verständnis der freien Länder erschöpft sich nicht in verbalen Äußerungen. Die SPD sollte vom Regime bloßgestellt werden, als es ihr praktische, finanzielle Hilfe für die Familien der verfolgten Demokraten vorwarf. Doch alle diese Angriffe erreichten nur das Gegenteil: Eine Welle der Sympathie wird der SPD und den anderen Institutionen und Regierungen von den Griechen entgegengebracht, da diese im Gegensatz zur Junta freiheitliche, demokratische Prinzipien und die Grundsätze der Humanität vertreten und praktizieren.